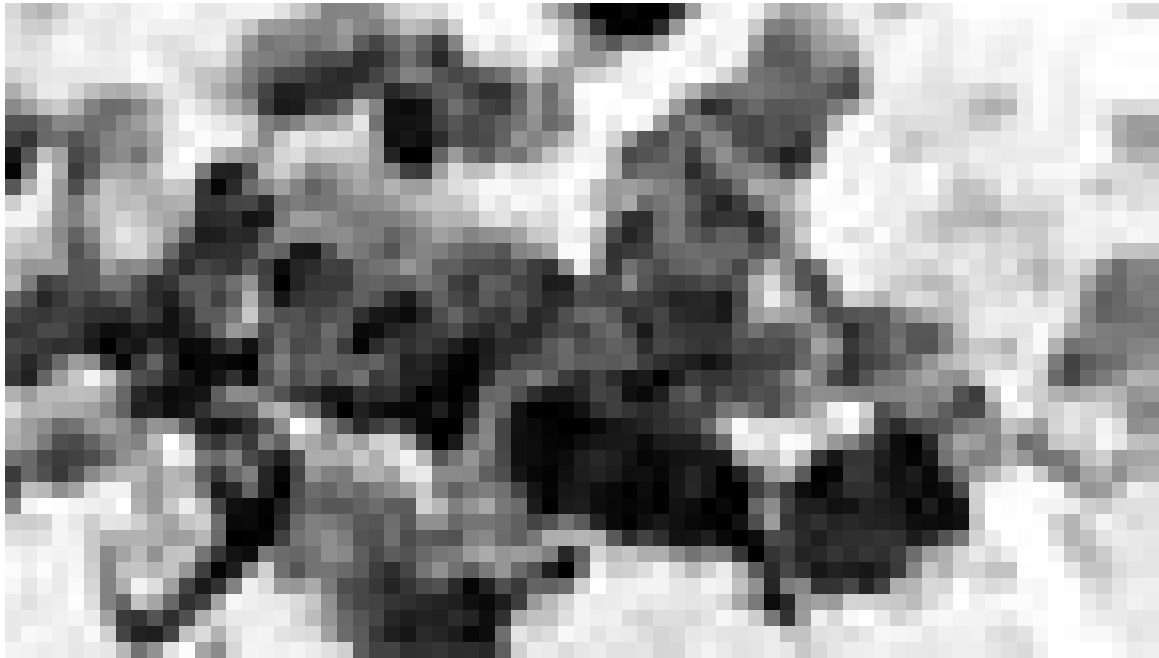


VOLKSZÄHLUNG

# "Schwarze Schafe gibt es überall"



Das Bärchenvolk ist von der Volkszählung generell ausgenommen - der gemeine Luxemburger jedoch nicht. (Foto: Christian Mosar)

**Die VolkszählerInnen sind wieder los. Ab dem 15. Februar klingeln sie an allen Türen. Die Totalerfassung der Luxemburger Bevölkerung bringe kein Problem mit dem Datenschutz, meinen die Verantwortlichen.**

Ganze 25 Sekunden Zeit ist der Statec offenbar die Aufklärung seiner Bevölkerung wert. So lange jedenfalls dauert der Fernsehspot, mit dem das Luxemburger Amt für Statistik ab dem 6. Februar die LuxemburgerInnen über Sinn und Zweck der alle zehn Jahre statt findenden Volkszählung informieren wird. Viel erfahren die Betroffenen in dieser Zeitspanne nicht. Wichtigste Botschaft: Je mehr wir über uns wissen, umso besser kennen wir unsere Bedürfnisse.

Es ist die nunmehr 35. Volkszählung seit der Unabhängigkeit 1839. Erfragt wird beim obligatorischen "recensement général de la population" vieles: von Name, Alter, Wohnsitz und Nationalität über Ausbildung und Arbeitsplatz bis hin zu Wohnungsgröße, Ausstattung mit elektrischen Geräten. Die sich an die gesamte Bevölkerung richtende Zählung soll statistisch verwertbare Daten über Bevölkerungsstruktur, Wohnverhältnisse etc. bringen.

Immerhin 100 Millionen LUF wird die Aktion die SteuerzahlerInnen kosten. "Eine für Luxemburger Verhältnisse ganz gewaltige Operation", erklärte Robert

Weides, Direktor des Statec, auf einer Pressekonferenz zum Thema Volkszählung am vergangenen Mittwoch. Das Geld sei jedoch gut angelegt - billigere, adäquate Alternativen zu dieser Art von Volkszählung gebe es keine.

Ursprünglich hatte allerdings der Statec selbst eine andere, kostengünstigere Variante geplant. Die so genannte "Registergestützte" Zählung - erfolgreich in der Schweiz angewandt - führt bereits vorhandene Daten von Ämtern wie dem EinwohnerInnenmelderegister und anderen Behörden zusammen. Vorteil dieser Methode: Die ohnehin registrierte Bevölkerung bleibt von Papierkriegen weitestgehend unbehelligt, lediglich über die Register hinausgehende Wissenslücken werden per Umfragen geschlossen.

## Billigere Version geplatzt

"Wir hatten schon das Design der Broschüren geplant", schildert Jean Langers, Statec-Verantwortlicher für die "statistiques sociales", den ersten Anlauf. Das Aus für das Schweizer Modell kam überraschend aus dem Personenzentralregister: Dessen Angaben taugten nicht für diese Form der Zählung. Bei einem Vergleich stimmten Daten des Statec tatsächlich eher mit denen der Sozialversicherungen überein als mit dem Register - obwohl dieses über die Gemeinden ständig aktualisiert wird.

"Das ist eine technologische Schande", kommentiert Déi Gréng-Pressesprecher Carlo de Toffoli die offenbar fehlende Abstimmung zwischen Gemeinden und Zentralregister. Seiner Ansicht nach bringen es die zuständigen Behörden "nicht rund", die erforderlichen Daten zusammenzutragen. Nur deshalb fände die Register-Methode in Luxemburg keine Anwendung.

Aber nicht nur Probleme in der Koordination verhindern die Zählung per Register. Der benötigte Abgleich von Daten unterschiedlicher Behörden war in den vergangenen Jahren in Luxemburg verboten. Andernfalls könnten Ämter beliebig Informationen zu einer Person zusammenstellen - bis zum "gläsernen Menschen" wäre es nur noch ein Schritt. Stutzig macht allerdings, wieso dann beispielsweise bei einer Anfrage zu einer "Carte grise" in Sandweiler statt persönlicher Daten die Sozialversicherungsnummer angegeben werden muss. Dieses Jahr scheinen alte Bedenken zudem überholt: Wenn die Zählung am 5. März abgeschlossen ist, werden unvollständige Dateien in den Gemeindeämtern erstmalig mit Hilfe der Volkszählung aktualisiert.

Gerade die Unsicherheit, was im Einzelnen mit den Daten geschieht, macht die Erhebung indes für Betroffene heikel. Daran ändern auch die Zusicherung der Statec-Herren, die Daten würden eine rein statistische Verwendung finden, und der Hinweis auf die gesetzlich vorgeschriebene Anonymität nicht viel. Name und Anschrift werden zwar von den übrigen Antworten getrennt aufbewahrt, um Rückschlüsse auf konkrete Personen zu verhindern. Im kleinen Luxemburg ist eine Re-Identifizierung aufgrund von Daten zu Wohnung, Ausbildung u.ä. jedoch auch ohne vollständige Adresse relativ schnell möglich. Die soziale Überschaubarkeit kann zudem bedeuten, dass Zähler X mehr über Nachbarin Y erfährt, als dieser lieb ist. Und wenn X die Daten weitergibt oder fälscht ...

## Echte Kontrolle unmöglich

"Schwarze Schafe gibt es überall", wiegelt Direktor Weides solcherlei Einwände ab. Der dem Wirtschaftsminister Henri Grethen zugeordnete Statec tue sein Möglichstes, um die 1.850 ZählerInnen, die demnächst in alle Gemeinden ausschwärmen werden, ausreichend auf die bevorstehende Aufgabe vorzubereiten. Bei Daten-Manipulation oder Verletzung der Anonymität drohe zudem Strafe: Acht Tage bis sechs Monate Freiheitsentzug sowie eine Geldstrafe bis zu 200.000 LUF sind vorgesehen. Immerhin räumt Statistik-Experte Langers auf Nachfrage ein, dass es für den/die Einzelne/n nahezu unmöglich sei, eine Weitergabe von vertraulichen Angaben nachzuweisen.

Anders als in Deutschland, wo selbst bürgerliche Kreise massiv gegen die Volkszählung von 1987 protestierten, erhebt sich in Luxemburg kaum Kritik gegen den "recensement général". "Man vertraut halt", lautet Langers simple Erklärung für diese Gemütsruhe. Bei gerade mal 100 (statistisch irrelevanten) Aussageverweigerungen anlässlich der Volkszählung 1991, die allesamt ohne rechtliche Konsequenzen blieben, liegt der Statistiker mit dieser Einschätzung wohl ganz richtig.

Ines Kurschat

## Leichen im Chamber-Keller

Transparenz im teuersten selbstverwalteten Betrieb des Landes. Nach dem Abgang des umstrittenen Greffiers Guillaume Wagener und der Publikation eines externen Audits gerät nun auch das großherzogliche Parlament in die späten Ausläufer eines Sturmtiefs aus der "Dysfunktionsmenter"-Ära. Da soll es fiktive Rechnungen gegeben haben: Die Dysfunktionenmaschinerie läuft also wieder an.

Unverständlich ist, wieso es das Parlament nicht hinkriegt, im Zeitalter allgemeiner Mediengeilheit entschieden vor die Presse zu treten, vor allem die jüngsten Anstrengungen in Sachen Effizienz und Transparenz als Bruch mit der Vergangenheit zu verkaufen und so die Arbeiten des hohen Hauses in ein besseres Licht zu stellen.

Die Tatsache, dass die Enthüllungen dieses Mal ebenso rasch bei "DNR" und "Wort" wie beim "Feierkrop" landeten, wirft auch ein neues Licht auf die ansonsten von den Majoritätsparteien angemahte Diskretion im Parlament.

## LTMA: not in my back-"Brooch"

Gestern überreichten das SchülerInnenkomitee und die LehrerInnendelegation des "Lycée Technique Mathias Adam" dem Parlamentspräsidenten eine Petition gegen die Verlagerung des maroden Gebäudes mitsamt Schulbetrieb in Petingen auf die Industriebrache des PED. Nachdem sämtliche in Frage kommenden Standorte durchleuchtet worden waren, hatten sich die Regierung und der Petingener Schöfferrat für diese Nullplus-Lösung ausgesprochen.

Dabei könnte die Entwirrung des Schulproblems im Chiers-Becken simpel aussehen. Bei den für 2010 zu erwartenden Schülerzahlen von bis zu 3.000 im Einzugsgebiet wären zwei getrennte Gebäude für je 1.500 SchülerInnen in Petingen und in Differdingen auch zu vertreten. Bürgermeister Halsdorf könnte sich für einen derart geschrumpften Neubau auf dem heutigen Standort in Petingen durchaus erwärmen. Nur in Differdingen wehrt sich die LSAP-DP-Mehrheit noch gegen den idealen Standort "Plateau du Funiculaire". Am Ende wird Guru Juncker auch noch in Sachen LTMA intervenieren müssen ...

## Grethen (gen)manipuliert nicht

Recht geharnischt wehrte sich Jean-Paul Rippinger, Vorsitzender des parlamentarischen Ethik-Ausschusses, gegen die Vorwürfe der grünen Fraktion, er würde sich vom Wirtschaftsminister Grethen zu einer beschleunigten Evakuierung des umstrittenen Gesetzesprojektes zur Patentierung von gentechnischen Erfindungen drängen lassen. In der Tat beteuert Grethen energisch, er würde alles andere anstreben, als das Gesetz durchzuboxen, eher im Gegenteil. Tatsache bleibt jedoch, dass sein Kollege Rippinger recht schlampig mit der Materie umgeht. Die Grünen bestehen nunmehr darauf, dass die Sitzungen besser vorbereitet und ein möglichst breitgefächertes Spektrum von Fachleuten kontrovers gehört werden.

Am günstigsten wäre allerdings ein mutiger Vorstoß des Ministers, das umstrittene Gesetz erst einmal zurückzuziehen und auf EU-Ebene in das Konzert der Länder einzustimmen, die eine grundlegende Revision der Direktive fordern, welche dem Gesetz zugrunde liegt. Eine entsprechende Initiative wird z.Z. in Deutschland erwogen.

## Politische Presse im Tief

Die politische Wochenpresse (Land, jeudi und WOXX) verliert jeweils einen Prozentpunkt ihrer Reichweite in der jüngsten ILReS-Medien-Umfrage. Die qualitativen Verbesserungen, denen sich die drei Blätter im vergangenen Jahr unterzogen haben, scheinen sich nicht gelohnt zu haben.

